

## Pressemitteilung

Landesvertretung  
Sachsen-Anhalt

**Presse: Dr. Volker Schmeichel**  
Verband der Ersatzkassen e. V.  
Schleiufer 12  
39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91 / 5 65 16 – 20  
Fax: 03 91 / 5 65 16 – 30  
volker.schmeichel@vdek.com  
www.vdek.com

**3. Juni 2010**

### **Klarheit in der Finanzierung – Sparsamkeit bei den Ausgaben**

Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) fordert, dass die Politik sowohl in der Finanzierung als auch bei der Ausgabenkonsolidierung im Gesundheitswesen endlich nachhaltige Lösungen für das Jahr 2011 findet. Deshalb sind die jüngsten Reform-Eckpunkte aus dem Gesundheitsministerium grundsätzlich zu begrüßen. Trotz dieser Maßnahmen wird das Defizit der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Jahr 2011 immer noch zwischen neun und elf Milliarden Euro liegen.

#### **Zur zukünftigen Finanzierung**

Die aktuellen Debatten und neuen Vorschläge zur Finanzreform des Gesundheitswesens zeigen, wie wichtig eine ergebnisoffene Diskussion ist. Positiv an dem nun veröffentlichten Modell von Gesundheitsminister Rösler ist, dass grundsätzlich an dem bewährten einkommensbezogenen System festgehalten wird. Auch an der bewährten Familienmitversicherung soll nicht gerüttelt werden. Die kostenfreie Mitversicherung der Familienangehörigen ist und bleibt ein elementares Prinzip innerhalb der solidarischen Krankenversicherung, das nicht zur Disposition stehen sollte. Auch Leistungskürzungen sind in dem Konzept nicht vorgesehen.

Positiv ist auch zu bewerten, dass damit der Sozialausgleich – entgegen ursprünglicher Überlegungen – nun weiterhin innerhalb des beitragsfinanzierten Systems – angelegt sein soll und das Steuersystem so nicht weiter belastet wird. Allerdings bliebe der Sozialausgleich dieses neuen Modells kompliziert und aufwändig, da für Millionen von Versicherten Beitragsklassifizierungen durchgeführt und Einzelkonten gepflegt werden müssten.

Problematisch ist und bleibt aus Sicht des vdek das Prämienmodell, wie auch immer es gestaltet ist, da es einseitig die Versicherten belastet.

Daran ändert auch die scheinbare Herstellung der Parität zwischen Arbeitgebern und Versicherten innerhalb des beitragsfinanzierten Systems nichts. Vieles an dem Modell und an der zukünftigen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist noch völlig unklar und muss im offenen Dialog geklärt werden.

### **Zur Konsolidierung der Ausgaben**

Der vdek fordert ausgabendämpfende Maßnahmen vor allem im Krankenhausbereich und im Bereich der ärztlichen Versorgung. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind etwa für den stationären Bereich allein im letzten Jahr um sechs Prozent, das entspricht rund 3,5 Milliarden Euro, gestiegen. Mit Ausgabensteigerungen in vergleichbarer Höhe ist auch im laufenden Jahr 2010 zu rechnen.

„Kurzfristig möglich wäre das Einfrieren der Budgets im Krankenhausbereich und eine Absenkung des landesweiten Basisfallwertes für die Krankenhäuser sowie des Punktwertes für ambulante Leistungen“, so Dr. Klaus Holst, Leiter der vdek-Landesvertretung Sachsen-Anhalt. Diese kurzfristig wirksamen Begrenzungen des Ausgabenanstiegs könnten sicherstellen, dass die Menschen im Land finanziell nicht mit weiteren Steigerungen der Gesundheitsprämie belastet werden.

Diese Nullrunden würden aber mittelfristig überflüssig, wenn echte Strukturreformen angestoßen würden und ein echter Wettbewerb unter den Leistungserbringern stattfände.

Ein erster Schritt in diese Richtung sind die Vorstellungen des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) zur mittelfristigen Neuordnung des Arzneimittelmarktes. "Es ist dabei richtig und notwendig, die Pharmaindustrie in die Verantwortung zu nehmen, indem sie an Einsparungen im Gesundheitswesen beteiligt wird – denn die Ausgaben der GKV für den Bereich Arzneimittel sind in den letzten Jahren besonders dramatisch gestiegen", betont Holst.

Es wäre möglich, mit diesen Ausgabenbegrenzungen und Sparmaßnahmen im ambulanten und stationären Bereich sowie den Einsparungen aus den kurzfristigen Maßnahmen des Arzneimittelsparpaketes deutschlandweit Kosten von rund 6 Milliarden Euro zu vermeiden.

Weitere Sparvorschläge des vdek sind

- Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages von ALG II-Empfängern auf ein die Durchschnittskosten eines GKV-Versicherten deckenden Beitrages in Höhe von 250 Euro.
- Einführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes von sieben Prozent auf Arzneimittel. Deutschland ist neben Dänemark und Bulgarien das einzige Land in der Europäischen Union, das noch den vollen Steuersatz auf Arzneimittel erhebt. In allen anderen Mitgliedsstaaten gibt es ermäßigte, stark ermäßigte oder sogar Nullsätze auf alle bzw. ausgewählte Arzneimittel.

– Die Wiedereinführung der Freiwilligkeit von Hausarztverträgen (§ 73 b SGB V) wäre eine weitere wichtige Maßnahme zur Stabilisierung der Krankenkassen und des Versorgungssystems insgesamt.

Durch diese Maßnahme sowie durch den bereits angesprochenen kostendeckenden Beitrag für ALG II-Empfänger und die vorgeschlagene Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel könnte das erwartete Defizit um weitere 9,0 Milliarden Euro reduziert werden.

„Die Gesetzliche Krankenversicherung benötigt eine nachhaltige Finanzierung und Instrumente zur Steuerung der Ausgabenentwicklung, um einen verantworteten Umgang mit Versichertengeldern gewährleisten zu können“, so Dr. Klaus Holst am Donnerstag in Magdeburg.

Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) ist Interessenvertretung und Dienstleistungsunternehmen aller sechs Ersatzkassen, die zusammen mehr als 24 Millionen Menschen in Deutschland versichern.

- BARMER GEK
- Techniker Krankenkasse
- Deutsche Angestellten-Krankenkasse
- KKH-Allianz
- HEK – Hanseatische Krankenkasse
- hkk

Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) ist die Nachfolgeorganisation des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen e. V. (VdAK) und wurde am 20. Mai 1912 unter dem Namen „Verband kaufmännischer eingeschriebener Hilfskassen (Ersatzkassen)“ in Eisenach gegründet. Sein Hauptsitz mit rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern befindet sich seit dem 29.6.2009 in Berlin, Askanischer Platz 1.

In den einzelnen Bundesländern sorgen 16 Landesvertretungen und eine Geschäftsstelle in Westfalen-Lippe mit insgesamt weiteren 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die regionale Präsenz der Ersatzkassen